

Wochenbericht

Königin-Luise-Straße 5

14195 Berlin

Tel. +49-30-897 89-0

Fax +49-30-897 89-200

www.diw.de

postmaster@diw.de

DIW Berlin

Wirtschaft Politik Wissenschaft

Industrieproduktion in Deutschland: Vom Ausland genährter Aufschwung

Dorothea Lucke
dlucke@diw.de

Die deutsche Industrieproduktion ist in diesem Jahr stärker gestiegen als ursprünglich erwartet; das Niveau von 2003 dürfte um 4 % übertroffen werden. Trotz des gegenüber dem US-Dollar hoch bewerteten Euro hat die Auslandsnachfrage kräftig zugelegt. Das Wachstum erfasste auch solche Branchen, die als Vorleister nur indirekt für den Export produzieren. Von der Binnennachfrage gingen aber nach wie vor keine nennenswerten Impulse auf die industrielle Produktion aus. Basierend auf den Annahmen des DIW Berlin zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung ist im kommenden Jahr mit einer weiteren Expansion der Industrieproduktion zu rechnen; das diesjährige Niveau dürfte um reichlich 3 % überschritten werden. Bei anhaltend hoher Nachfrage nach Industrieprodukten aus Deutschland werden insbesondere Investitionsgüter produzierende Unternehmen und ihre Vorleister an Kapazitätsgrenzen stoßen und verstärkt investieren. Die davon ausgehenden Impulse für die Industrieproduktion dürften das abnehmende Wachstum der Nachfrage aus dem Ausland mehr als ausgleichen.

Die deutsche Industrie hat in diesem Jahr gezeigt, dass sie selbst bei einem hoch bewerteten Euro insgesamt wettbewerbsfähig ist. Sollte aber die gegenwärtige Dollarschwäche anhalten oder gar noch zunehmen, wird die industrielle Produktion niedriger ausfallen als hier prognostiziert. Zum einen lägen die Exportmengen niedriger, zum anderen würde aber auch wegen sinkender Erträge die Nachfrage deutscher Unternehmen nach Investitionsgütern gebremst.

Die auf der Industrietagung des DIW Berlin vertretenen Branchen gehen nicht zuletzt deshalb von einem etwas ungünstigeren Szenario aus.¹ Zwar rechnen auch diese im nächsten Jahr insgesamt mit einer positiven Entwicklung der industriellen Produktion. Da ihre Erwartungen hinsichtlich der Entwicklung der Nachfrage, der Investitionen und des Konsums in Deutschland aber zurückhaltender sind als im gesamtwirtschaftlichen Szenario des DIW Berlin, fällt deren Prognose des Produktionswachstums für 2005 mit 2,5 % etwas niedriger aus.

Aufgrund des in diesem Jahr sehr dynamischen wirtschaftlichen Wachstums außerhalb Europas stieg die Nachfrage aus dem Ausland nach deutschen Industrieprodukten in den ersten drei Quartalen mit 9 % äußerst kräftig.² Davon pro-

¹ Im Mai und November jeden Jahres findet die Industrietagung des DIW Berlin statt – ein Forum, auf dem Experten aus Unternehmen und Verbänden zusammen mit dem DIW Berlin ein differenziertes Bild der Industriekonjunktur in Deutschland sowie in anderen wichtigen Ländern erarbeiten.

² Als Indikator der Nachfrage nach Industrieprodukten dient der Auftragseingang für das verarbeitende Gewerbe, da für das produzierende Gewerbe (ohne Baugewerbe) Auftragseingänge nicht verfügbar sind.

Nr. 50/2004

71. Jahrgang / 9. Dezember 2004

Inhalt

Industrieproduktion in Deutschland:
Vom Ausland genährter Aufschwung
Seite **773**

Italien: Beschäftigungsausweitung
bei abnehmender internationaler
Wettbewerbsfähigkeit gefährdet
Seite **783**

A 22127 C

Kasten

Szenario und arbeitstägliche Bereinigung

Die modellgestützte Prognose für die Industriebranchen basiert auf Annahmen und Rahmendaten der Prognose für die Gesamtwirtschaft, die das DIW Berlin im Rahmen der Gemeinschaftsdiagnose vom Herbst dieses Jahres als Minderheitsvotum abgegeben hat.¹ Während über die Entwicklung im Jahre 2004 zwischen den Instituten Konsens bestand, erwartet das DIW Berlin für 2005 mit einer Rate von 2 % ein um 0,5 Prozentpunkte höheres gesamtwirtschaftliches Wachstum in Deutschland als die anderen Institute. Dies beruht auf der Annahme einer um 0,6 Prozentpunkte stärkeren Ausweitung der Investitionen in Maschinen und Ausrüstungen sowie einer um 0,8 Prozentpunkte höheren Auslandsnachfrage nach deutschen Produkten, da die gesamtwirtschaftliche Entwicklung im Euroraum günstiger eingeschätzt wird.

Eine Rolle bei der Berechnung des Bruttoinlandsprodukts und seiner Komponenten spielt die in diesem Jahr überdurchschnittlich große Zahl von Arbeitstagen. Nach Berechnungen des Statistischen Bundesamtes sind von dem für das Jahr 2004 prognostizierten Wachstum der Gesamtwirtschaft von 1,8 % allein 0,5 Prozentpunkte auf die überdurchschnittliche Zahl der Arbeitstage zurückzuführen. Im kommenden Jahr stehen weniger Arbeitstage zur Verfügung als 2004, so dass die Bereinigung in die andere Richtung wirkt. Die Prognose des DIW Berlin für das Wachstum der Gesamtwirtschaft im kommenden Jahr entspricht deshalb einer arbeitstäglich bereinigten Rate von 2,2 %.

Im verarbeitenden Gewerbe ist nach den Berechnungen des Statistischen Bundesamtes der Arbeitstageeffekt auf die Produktion besonders hoch: Das um die Zahl der Arbeitstage bereinigte Produktionswachstum wird in diesem Jahr um 1,2 % niedriger und im kommenden um 0,4 % höher sein als das gemessene Wachstum. Allerdings ist es schwierig, mit einer solchen zeitreihengestützten Bereinigung den tatsächlichen Arbeitstageeffekt einer Branche in einem bestimmten Jahr genau zu erfassen. So dürften bei Branchen mit unterausgelasteten Kapazitäten von zusätzlichen Arbeitstagen kaum positive Wirkungen auf die Produktion ausgehen. Hinzu kommt, dass die zunehmende Flexibilisierung der Arbeit die feste Beziehung zwischen Arbeitstagen und Produktion immer stärker auflöst. Das DIW Berlin hat bei den hier vorgenommenen Branchenprognosen für 2004 deshalb zusätzlich zu den unbereinigten Wachstumsraten regelmäßig in Klammern den Wert ausgewiesen, der sich nach einem um Arbeitstage bereinigten Verfahren ergibt. Die Differenz zwischen der unbereinigten und der bereinigten Wachstumsrate gibt die Bandbreite für den jeweils möglichen Arbeitstageeffekt an. Ebenso wie in der Gemeinschaftsdiagnose wurden für die sektoralen Prognosen keine Ölpreissteigerungen und Wechselkursveränderungen des Euro zum US-Dollar im Prognosezeitraum unterstellt.

¹ Vgl.: Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Herbst 2004. In: Wochenbericht des DIW Berlin, Nr. 43/2004.

fitierten bei einer Exportquote von fast 40 % im verarbeitenden Gewerbe nicht nur die direkt exportierenden Unternehmen, sondern auch jene, die Vorleistungen für Exportgüter anderer Unternehmen herstellen. Die Industrieproduktion³ lag in den ersten drei Quartalen um 4,0 % (arbeitstäglich bereinigt: 3,0 %) über dem Vorjahresniveau.

Die Konjunktur im Ausland, vor allem in den USA und China, verlor nach der Jahresmitte an Dynamik. Entsprechend schwach war die Entwicklung der Auftragseingänge aus dem Ausland im dritten Quartal 2004; deshalb ist für das Jahresende kaum noch ein Produktionszuwachs zu erwarten (Tabellen 1a und 1b, Tabelle 2, Abbildung 1).

Vorleistungsgüterproduzenten: Auch Inlandsabsatz profitiert vom hohen Wachstum im Ausland

Die Auftragseingänge bei den Vorleistungsgüterproduzenten sind in den ersten drei Quartalen 2004 um 7,8 % gestiegen. Zu diesem Wachstum trug stärker als in den anderen Hauptgruppen neben der Auslandsnachfrage (+10 %) auch die Nachfrage aus dem Inland (+6,2 %) bei. Ein großer Teil der inländischen Nachfrage nach Vorleistungsgütern wird in Exportgütern anderer Branchen weiterverarbeitet und ist daher indirekt von der Auslandsnachfrage abhängig.

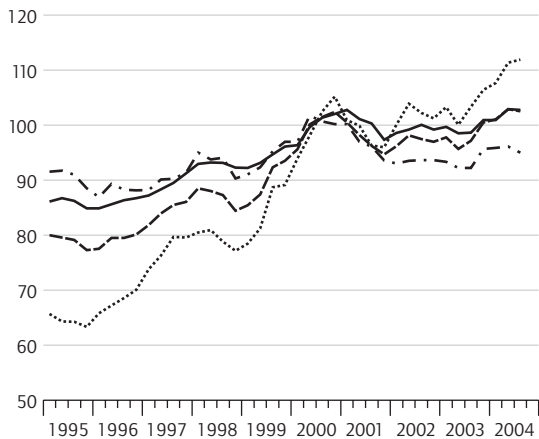
³ Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe.

Abbildung 1

Auftragseingang und Produktion nach Hauptgruppen

Verarbeitendes Gewerbe

Index 2000 = 100, arbeitstäglich und saisonbereinigt



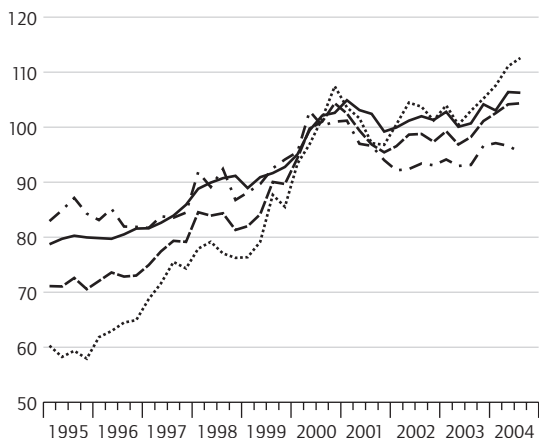
Vorleistungsgüterproduzenten

Index 2000 = 100, arbeitstäglich und saisonbereinigt



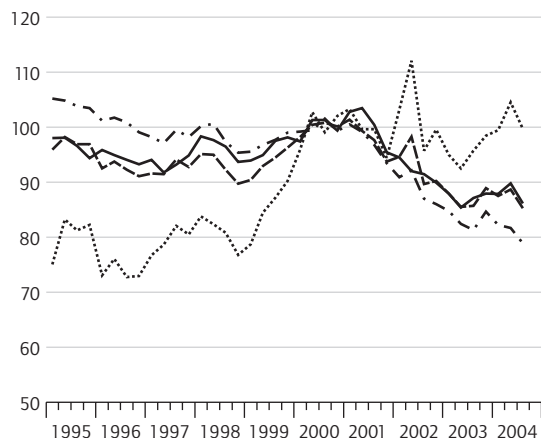
Investitionsgüterproduzenten

Index 2000 = 100, arbeitstäglich und saisonbereinigt



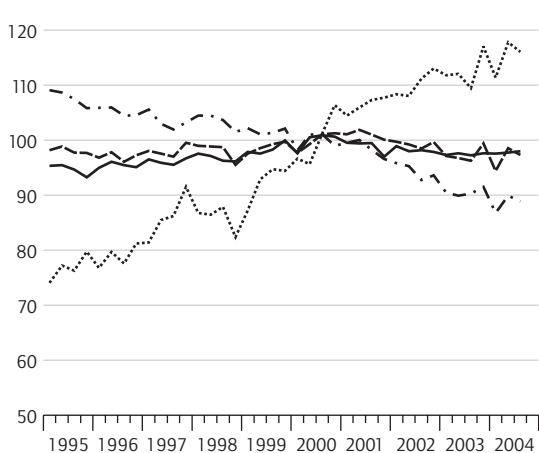
Gebrauchsgüterproduzenten

Index 2000 = 100, arbeitstäglich und saisonbereinigt



Verbrauchsgüterproduzenten

Index 2000 = 100, arbeitstäglich und saisonbereinigt



— Auftragseingang insgesamt - - - Auftragseingang Inland Auftragseingang Ausland — Produktion

Tabelle 1a

Produktion und Auftragseingänge im produzierenden Gewerbe¹

	Struktur ² in %	Produktion ³ Veränderungen in % gegenüber dem Vorjahr			Exportquote ⁴ in %	Auftragseingang ⁵ Veränderungen in % gegenüber dem Vorjahr		
						Insgesamt	Inland	Ausland
	2003	1. Vj. 2004	2. Vj. 2004	3. Vj. 2004	2003	3. Vj. 2004		
Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	100,0	1,5	4,0	3,6				
Vorleistungsgüterproduzenten	36,3	2,9	4,2	4,7	38,4	6,0	5,1	7,4
Investitionsgüterproduzenten	34,0	0,4	6,3	5,5	52,8	6,2	2,4	9,5
Gebrauchsgüterproduzenten	3,5	-0,2	4,9	-1,6	32,8	-0,8	-3,3	4,0
Verbrauchsgüterproduzenten	16,4	0,4	0,1	0,9	19,9	1,3	-1,4	6,1
Energie	9,8							
Bergbau ⁶	1,7	2,5	-4,6	-9,0	7,0			
Kohlenbergbau, Torfgewinnung	0,9	7,5	-2,7	-8,0	4,1			
Gewinnung von Erdöl und Erdgas	0,4	-5,3	-4,0	-10,6	2,4			
Gewinnung von Steinen und Erden, sonstiger Bergbau	0,4	-2,9	-8,9	-9,5	13,5			
Verarbeitendes Gewerbe	91,1	1,4	4,4	4,1	39,4	5,4	2,9	8,4
Ernährungsgewerbe	7,7	3,1	1,8	3,0	14,9			
Tabakverarbeitung	0,3	-4,8	-14,9	-4,5	8,3			
Textilgewerbe	1,1	-4,3	-1,8	-0,9	38,6	-0,5	-5,3	7,7
Bekleidungsgewerbe	0,5	-6,9	0,2	-6,1	31,6	-2,4	-3,5	-0,3
Ledergewerbe	0,2	-5,0	0,0	-5,9	31,3	-14,8	-16,1	-10,9
Holzgewerbe	1,3	5,5	3,9	1,5	21,7	1,6	-1,5	12,9
Papiergewerbe	2,2	0,8	2,4	2,6	36,9	4,6	3,2	7,0
Verlags- und Druckgewerbe	4,2	0,4	2,0	2,4	8,5	2,1	0,9	9,1
Mineralölverarbeitung, Kokerei	1,3	1,3	9,5	8,6	5,1			
Chemische Industrie	9,1	-1,1	0,0	5,0	53,2	7,2	4,2	9,9
Gummi- und Kunststoffwaren	4,5	4,3	5,4	1,2	34,9	2,1	-0,4	7,1
Glas, Keramik, Steine und Erden	3,1	2,2	0,6	0,2	22,8	2,1	-2,3	12,7
Metallerzeugung und -bearbeitung	3,7	2,5	6,1	5,1	37,5	5,4	5,7	4,9
Metallverarbeitung	8,3	3,4	4,8	2,7	24,8	6,2	3,8	13,5
Maschinenbau	13,2	0,3	5,4	4,1	51,4	8,2	0,7	14,8
EDV-Geräte, Büromaschinen	0,7	-4,6	13,7	9,1	35,6	6,4	6,1	7,0
Elektrotechnik	7,4	3,4	5,8	5,7	37,9	1,3	3,9	-2,5
Medientechnik	2,5	12,6	18,5	17,7	55,1	6,1	3,5	8,2
Mess- und Regeltechnik	3,6	3,6	5,6	4,1	50,3	9,3	0,0	18,3
Kraftwagenbau	11,8	-0,1	9,2	8,5	59,2	6,7	8,8	5,2
Sonstiger Fahrzeugbau	2,4	-2,9	-4,8	-0,9	52,0	-1,1	-10,3	6,8
Möbel, Spielwaren	2,0	-3,8	0,9	-0,7	25,2	2,9	1,1	9,8
Recycling	0,2	11,6	8,8	16,7	23,9			
Energieversorgung	7,2	2,6	0,2	-0,1				

¹ Ohne Baugewerbe.² Anteile in % der Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten des produzierenden Gewerbes ohne Bauleistungen. Abweichungen in den Summen rundungsbedingt.³ Produktionsindex, 2000 = 100, arbeitstäglich bereinigt.⁴ Auslandsumsatz in % des Gesamtumsatzes der Betriebe des jeweiligen Sektors.⁵ Volumenindex, 2000 = 100, arbeitstäglich bereinigt.⁶ Einschließlich Gewinnung von Steinen und Erden.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2004

Die starke Nachfrage regte die Produktion von Vorleistungsgütern im Jahresverlauf an; im dritten Quartal lag sie um 4,8 % über dem Wert vom Vorjahr.

Die *chemische Industrie* ist der größte Produzent von Vorleistungen in Deutschland (Abbildung 2). Belastend wirkten hier im bisherigen Jahresverlauf die gestiegenen Rohölpreise, die zu einer Erhöhung der Produktionskosten chemischer Vorleistungsgüter führten. Der zurzeit relativ hoch bewertete Euro verschafft der chemischen Industrie allerdings gegenüber der überseeischen Konkurrenz

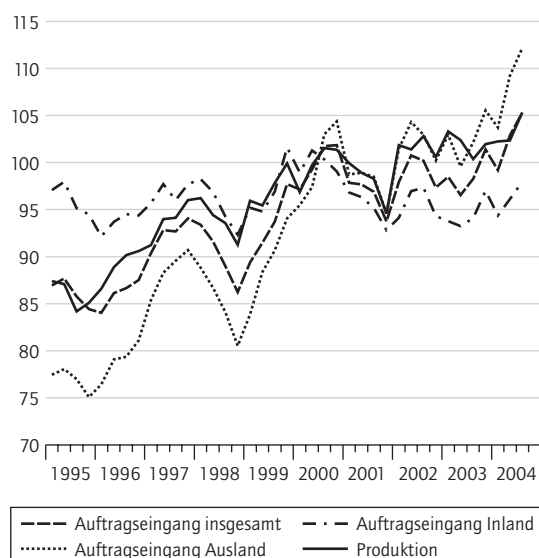
Vorteile beim Einkauf von Rohstoffen. Die Nachfrage nach chemischen Vorleistungsgütern hat sich im Jahresverlauf sehr positiv entwickelt. Die Nachfrage aus dem Ausland nach chemischen Grundstoffen – sie haben ein Gewicht von etwa 70 % bei den chemischen Vorleistungsgütern – ist aufgrund der kräftigen Auslandskonjunktur in den ersten drei Quartalen um 10 % gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Die Nachfrage aus dem Inland nach chemischen Grundstoffen war mit einem Wachstum von 7,3 % ebenfalls sehr dynamisch. Der wichtigste Nachfrager chemischer Grundstoffe ist die chemische Industrie selbst, die die Grundstoffe

Abbildung 2

Chemische Industrie

Auftragseingang und Produktion

Index 2000 = 100, arbeitstäglich und saisonbereinigt



Quelle: Statistisches Bundesamt.

DIW Berlin 2004

weiterverarbeitet. Die kräftige Auslandsnachfrage nach chemischen Erzeugnissen insgesamt wirkte hier also in besonders starkem Maße als Motor der Inlandsnachfrage.

Neben Vorleistungsgütern stellt die chemische Industrie auch Verbrauchsgüter her; das sind vor allem Pharmazeutika. Auch hier ist die Nachfrage aus dem Ausland kräftig gestiegen. Dagegen war die Nachfrage aus dem Inland aufgrund der inländischen Kaufzurückhaltung und der Sparmaßnahmen im Gesundheitswesen nur um 2,4 % (arbeitstäglich bereinigt: 1,3 %) höher als im Vorjahr.

Die gänzlich verschiedenen Entwicklungen der inländischen Nachfrage nach chemischen Grundstoffen und der nach chemischen Verbrauchsgütern sind typisch für das diesjährige Auseinanderlaufen der von der Auslandsnachfrage abgeleiteten Inlandsnachfrage und der originären Inlandsnachfrage.

Der kräftigen Entwicklung der Nachfrage folgte der Produktionsindex erst im dritten Quartal 2004, so dass in diesem Jahr insgesamt mit einem relativ niedrigen Wachstum der Produktion um 2,8 % (arbeitstäglich bereinigt: 1,7 %) zu rechnen ist. Nach dem gesamtwirtschaftlichen Szenario des DIW Berlin wird die Produktion der chemischen Industrie im nächsten Jahr weiter steigen und auf ein Wachstum gegenüber diesem Jahr um etwa 4,5 % kommen (Tabelle 3).

Tabelle 1b

Produktion im produzierenden Gewerbe¹

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

	1. Vj. 2004	2. Vj. 2004	3. Vj. 2004
Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	3,2	5,2	3,7
Vorleistungsgüterproduzenten	4,4	5,4	4,8
Investitionsgüterproduzenten	2,5	7,7	5,4
Gebrauchsgüterproduzenten	2,0	6,6	-1,7
Verbrauchsgüterproduzenten	1,8	1,1	1,0
Bergbau²	3,7	-3,7	-8,9
Kohlenbergbau, Torfgewinnung	8,8	-1,8	-8,0
Gewinnung von Erdöl und Erdgas	-5,2	-3,9	-10,6
Gewinnung von Steinen und Erden, sonstiger Bergbau	-0,3	-7,5	-9,2
Verarbeitendes Gewerbe	3,2	5,7	4,2
Ernährungsgewerbe	4,5	2,6	3,2
Tabakverarbeitung	-3,2	-13,5	-4,5
Textilgewerbe	-2,5	-0,4	-1,2
Bekleidungsgewerbe	-5,6	2,2	-5,8
Ledergewerbe	-3,3	1,4	-6,1
Holzgewerbe	7,3	5,4	1,7
Papiergewerbe	2,1	3,4	2,7
Verlags- und Druckgewerbe	1,6	2,7	2,5
Mineralölverarbeitung, Kokerei	2,8	9,8	8,6
Chemische Industrie	0,2	0,7	5,1
Gummi- und Kunststoffwaren	6,0	6,7	1,3
Glas, Keramik, Steine und Erden	4,6	1,8	0,1
Metallerzeugung und -bearbeitung	3,7	7,2	5,2
Metallverarbeitung	5,1	6,2	2,8
Maschinenbau	2,3	6,9	4,1
EDV-Geräte, Büromaschinen	-2,6	15,6	9,1
Elektrotechnik	5,4	7,2	5,8
Medientechnik	14,3	19,8	18,0
Mess- und Regeltechnik	6,0	6,8	4,2
Kraftwagenbau	2,0	11,0	8,3
Sonstiger Fahrzeugbau	-1,7	-3,8	-0,8
Möbel, Spielwaren	-1,5	2,4	-1,0
Recycling	12,8	9,7	16,9
Energieversorgung	3,5	0,4	0,0

¹ Ursprungswerte; ohne Baugewerbe.² Einschließlich Gewinnung von Steinen und Erden.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2004

Der zweitwichtigste Vorleistungsgüter produzierende Sektor ist die Metallerzeugung und -bearbeitung (Abbildung 3). An erster Stelle im Produktionsprozess steht hier die eisenschaffende Industrie. Sie profitierte in diesem Jahr von der weltweit starken Nachfrage nach Stahl, die auf den Weltmärkten zu Knappheiten führte und auf die die Anbieter mit teilweise kräftigen Preisanhebungen reagierten. Der eisenschaffenden Industrie im Produktionsprozess nachgelagert sind u. a. die Eisen-, Stahl- und Tempergießereien. Diese von mittelständischen Unternehmen geprägte vergleichsweise kleine Branche produziert Komponenten, die in allen Bereichen des Investitionsgütergewerbes benötigt werden. Die Entwicklung in diesem Jahr war beachtlich. Die Produktion lag hier in den ersten drei Quartalen um knapp 8 % über dem Vorjahresniveau. Allerdings standen dem starken Produk-

Tabelle 2

Entwicklung der Produktion¹ und der Auftragseingänge² in ausgewählten Branchen des verarbeitenden Gewerbes

Veränderung gegenüber der Vorperiode in %

	2003	3. Vj. 2003	4. Vj. 2003	1. Vj. 2004	2. Vj. 2004	3. Vj. 2004
Produktion						
Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	0,4	-0,2	2,1	0,4	1,6	-0,4
Vorleistungsgüterproduzenten	0,6	-0,4	2,4	1,0	1,2	0,1
Investitionsgüterproduzenten	0,8	0,6	3,4	-1,1	3,3	-0,1
Gebrauchsgüterproduzenten	-5,3	2,0	0,9	-0,1	2,2	-4,1
Verbrauchsgüterproduzenten	-0,8	-0,4	0,4	-0,1	0,2	0,3
Verarbeitendes Gewerbe	0,2	0,1	2,3	0,0	1,9	-0,1
Ernährungsgewerbe	0,7	-1,2	0,0	5,3	-1,8	0,1
Chemische Industrie	0,3	-2,0	1,6	0,3	0,1	2,9
Metallerzeugung und -bearbeitung	-1,9	-0,3	3,7	1,5	1,0	-1,0
Metallverarbeitung	-0,2	0,3	2,5	0,0	2,0	-1,5
Maschinenbau	-1,7	1,4	1,4	0,3	2,4	-0,1
Elektro-, Medien-, Regeltechnik	3,5	1,9	4,0	-0,1	2,0	1,5
Kraftwagenbau	1,9	0,5	5,7	-3,3	6,5	-0,1
Auftragseingang Inland						
Vorleistungsgüterproduzenten	-0,1	0,1	4,3	1,3	0,5	-0,9
Investitionsgüterproduzenten	1,6	0,2	3,7	0,5	-0,5	-1,2
Gebrauchsgüterproduzenten	-6,4	-1,4	4,1	-2,9	-0,7	-3,4
Verbrauchsgüterproduzenten	-4,1	0,4	1,3	-5,1	3,6	-1,1
Verarbeitendes Gewerbe	-0,1	0,0	3,8	0,2	0,2	-1,2
Chemische Industrie	-1,2	0,9	3,1	-2,7	1,8	1,9
Metallerzeugung und -bearbeitung	-2,8	0,3	7,5	4,5	-4,0	-2,0
Metallverarbeitung	-2,0	3,0	1,6	1,0	1,9	-0,5
Maschinenbau	-2,7	0,8	7,0	-3,0	1,1	-3,8
Elektro-, Medien-, Regeltechnik	5,4	0,1	3,1	-1,8	2,6	-0,5
Kraftwagenbau	1,9	1,4	2,8	3,1	0,2	2,4
Auftragseingang Ausland						
Vorleistungsgüterproduzenten	3,3	5,7	3,6	0,5	3,3	-0,1
Investitionsgüterproduzenten	0,7	2,5	2,2	2,2	3,3	1,3
Gebrauchsgüterproduzenten	-7,0	3,5	2,9	1,0	5,1	-4,6
Verbrauchsgüterproduzenten	2,2	-2,3	6,9	-4,8	5,7	-1,5
Verarbeitendes Gewerbe	1,4	3,3	3,0	1,1	3,4	0,5
Chemische Industrie	0,3	2,6	3,3	-1,7	5,3	2,7
Metallerzeugung und -bearbeitung	3,1	3,5	16,2	-2,4	-2,7	-4,6
Metallverarbeitung	4,7	-0,3	3,3	7,0	1,0	1,7
Maschinenbau	3,7	4,8	10,7	0,8	2,0	1,4
Elektro-, Medien-, Regeltechnik	4,9	10,6	-0,7	-0,1	7,6	0,5
Kraftwagenbau	-2,0	1,3	1,7	0,5	7,8	-4,8

¹ Produktionsindex 2000 = 100, saison- und arbeitstäglich bereinigt.² Volumenindex 2000 = 100, saison- und arbeitstäglich bereinigt.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2004

tionswachstum keine entsprechenden Erträge gegenüber. Die überwiegend kleinen Unternehmen konnten die starken Preissteigerungen bei Roheisen und -stahl kaum an die Nachfrager weitergeben (Abbildung 4).

Die insgesamt positiven Entwicklungen in den verschiedenen Bereichen der Metallerzeugung und -bearbeitung lassen für dieses Jahr ein Produktionswachstum von 4,5 % (arbeitstäglich bereinigt: 3,5 %) erwarten. Im kommenden Jahr wird die Nachfrage aus dem Ausland etwas nachlassen. Die

anziehende Investitionstätigkeit in Deutschland wird aber die Nachfrage aus dem Inland anregen, so dass die Produktion um etwa 3,5 % expandieren dürfte.

Investitionsgüterproduktion: Inlandsnachfrage erst im nächsten Jahr aufwärts gerichtet

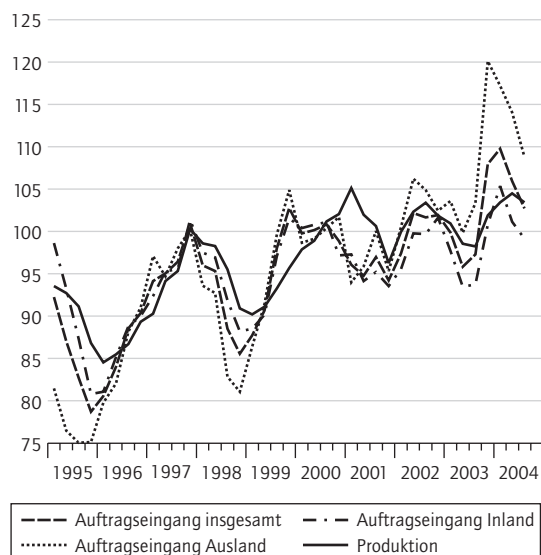
Die Nachfrage aus dem Ausland nach in Deutschland produzierten Investitionsgütern steigt seit dem

Abbildung 3

Metallerzeugung und -bearbeitung

Auftragseingang und Produktion

Index 2000 = 100, arbeitstäglich und saisonbereinigt



Quelle: Statistisches Bundesamt.

DIW Berlin 2004

dritten Quartal 2003 ununterbrochen; im ersten Quartal 2004 wurde der alte Höchststand aus dem Jahr 2000 überschritten. Die Nachfrage aus dem Inland dagegen war zwar im Durchschnitt der ersten drei Quartale noch gut 4 % höher als im Vorjahr, hat sich aber im Laufe des Jahres abgeschwächt. Dies ist umso bemerkenswerter, als gleichzeitig die Kapazitätsauslastung gestiegen ist und in einigen Branchen inzwischen über 90 % liegt, z. B. bei den Eisen-, Stahl- und Tempergießereien oder der eisenschaffenden Industrie. Die Produktion von Investitionsgütern ist in den ersten drei Quartalen insgesamt gegenüber dem Vorjahr um 5,2 % (arbeitstäglich bereinigt: 4,1 %) gestiegen.

Der *Maschinenbau* ist gemessen an der Beschäftigung und der Bruttowertschöpfung die wichtigste Investitionsgüter herstellende Branche. Von der kräftigen Expansion der Weltwirtschaft profitierte der Maschinenbau überdurchschnittlich; die Nachfrage aus dem Ausland nach Maschinen war weit aus dynamischer als nach Investitionsgütern insgesamt (Abbildung 5). Zunehmende Bedeutung erhalten dabei die Märkte in Russland und China. Der Anteil des Handels mit diesen beiden Ländern am Außenhandel des Maschinenbaus ist inzwischen mit knapp 9 % fast doppelt so hoch wie der entsprechende Anteil im produzierenden Gewerbe insgesamt. China, das eine rasante ökonomische Entwicklung durchläuft, und Russland, das als großer Erdölproduzent von den hohen Energiepreisen profitiert, sind in diesem Jahr die Volkswirtschaft-

Tabelle 3

Produktionsentwicklung¹ 2003 bis 2005

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

	2003	2004 ²	2005 ^{2,3}
Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	0,4	4,1	3,3
Verarbeitendes Gewerbe	0,2	4,3	3,5
Ernährungsgewerbe	0,5	2,1	1,0
Chemische Industrie	0,3	2,8	4,5
Metallerzeugung und -bearbeitung	-1,9	4,5	3,5
Metallverarbeitung	-0,1	4,7	3,5
Maschinenbau	-1,6	4,5	4,0
Elektro-, Medien-, Regeltechnik	3,6	7,2	5,5
Kraftwagenbau	2,2	5,4	4,5
Energieversorgung	3,6	1,4	1,5

¹ Ursprungswerte.² Prognose des DIW Berlin.³ Die Veränderungsdaten für die Sektoren sind auf halbe Prozentpunkte gerundet.

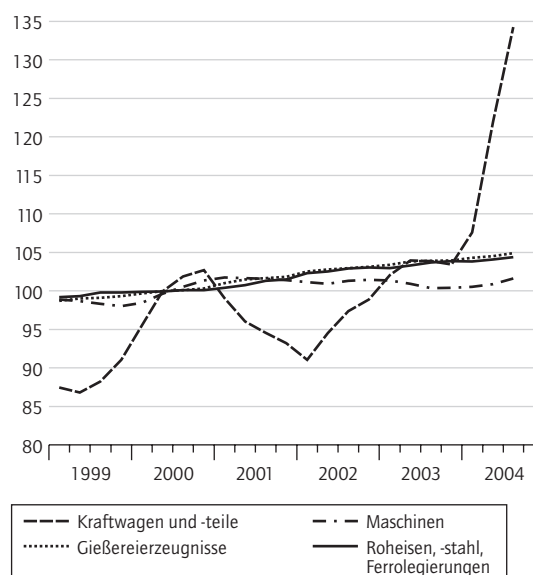
Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2004

Abbildung 4

Erzeugerpreise in der Metallerzeugung und in weiterverarbeitenden Branchen

Index 2000 = 100, arbeitstäglich und saisonbereinigt



Quelle: Statistisches Bundesamt.

DIW Berlin 2004

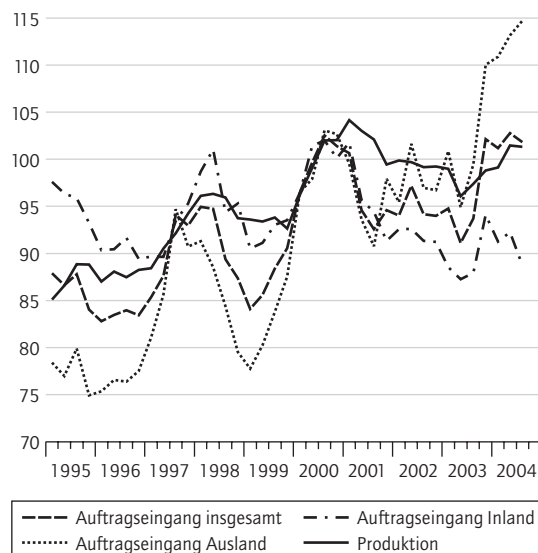
ten mit den weltweit höchsten Wachstumsraten. Wie alle aufholenden Volkswirtschaften haben sie einen hohen Bedarf an Maschinen.

Mittelfristig und so auch im kommenden Jahr wird der Maschinenbau durch das starke Wachstum in diesen Ländern Impulse erhalten. Etwas zulegen wird dem gesamtwirtschaftlichen Szenario des DIW Berlin zufolge auch die Nachfrage aus dem Euroraum, in den rund 40 % der Exporte des Maschinenbaus gehen.

Abbildung 5

Maschinenbau**Auftragseingang und Produktion**

Index 2000 = 100, arbeitstäglich und saisonbereinigt



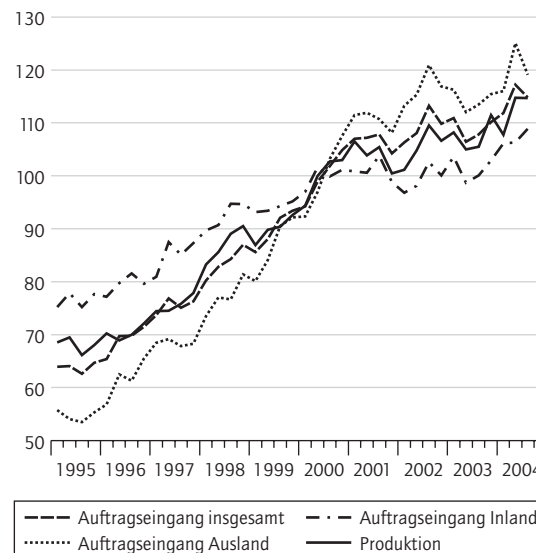
Quelle: Statistisches Bundesamt.

DIW Berlin 2004

Abbildung 6

Kraftwagenbau**Auftragseingang und Produktion**

Index 2000 = 100, arbeitstäglich und saisonbereinigt



Quelle: Statistisches Bundesamt.

DIW Berlin 2004

Die Nachfrage aus dem Inland nach Maschinen hat wie die nach Investitionsgütern insgesamt in diesem Jahr einen schwachen Verlauf genommen. Zeitreihenanalysen zeigen, dass die Auftragseingänge des Maschinenbaus aus dem Inland zunehmend weniger in einem festen Verhältnis zur Investitionstätigkeit in Deutschland stehen. Darin spiegelt sich die weltweite Spezialisierung des Maschinenbaus im internationalen Handel. Wenn – wie hier unterstellt – die inländische Investitionstätigkeit im kommenden Jahr stark anzieht, ist auch mit einer größeren Zunahme der Auftrags-eingänge beim Maschinenbau aus dem Inland zu rechnen.

Nimmt man die Entwicklung der Nachfrage aus dem In- und Ausland zusammen, ist für die Produktion des Maschinenbaus in diesem Jahr ein Zuwachs von 4,5 % zu erwarten (arbeitstäglich bereinigt: 3,3 %); für das kommende Jahr kann mit einem Plus von etwa 4 % gerechnet werden.⁴ Der deutsche Maschinenbau nimmt insofern eine Sonderstellung ein, als er in wichtigen Marktsegmenten international eine sehr gute Wettbewerbsposition hat und die Konkurrenz sich häufig im Euro-raum befindet. Wechselkursveränderungen wirken sich deshalb weniger auf die Wettbewerbsfähigkeit aus als in vielen anderen Exportbranchen.⁵

Der *Kraftwagenbau* wird in der Statistik ganz dem Investitionsgüterbereich zugerechnet, obwohl ein großer Teil seiner Produktion an private Haushalte

geht. Die Branche hatte im bisherigen Jahresverlauf ein kräftiges Nachfragewachstum – die Produktion stieg in den ersten drei Quartalen um fast 6 % gegenüber dem Vorjahr – zu verzeichnen (Abbildung 6). Dieses insgesamt positive Ergebnis ist weniger Ausdruck einer starken Pkw-Nachfrage als vielmehr einer dynamischen Entwicklung im Nutzfahrzeugbereich. Bei den Pkw war die Nachfrage der privaten Haushalte im Inland von Kaufzurückhaltung geprägt. Die Auslandsnachfrage wurde einerseits geschwächt durch den hohen Wert des Euro zum US-Dollar, andererseits profitierte sie vom starken Wachstum in Asien und den lateinamerikanischen Schwellenländern. Die hohe Dynamik im Nutzfahrzeugbau zeigt das starke Wachstum der Auftragseingänge aus dem In- und Ausland in der Sparte WZ-Nr. 34.2 (Herstellung von Karosserien, Aufbauten und Anhängern). Diese Sparte ist zwar klein, aber es besteht ein enger Zusammenhang zum Nutzfahrzeugbau insgesamt. Ihr Wachstum war mit Raten von 14 % (Inland) und 58 % (Ausland) außerordentlich kräftig. Im Inland sind für die steigenden Auftragseingänge positive Geschäftserwartungen bei reduziertem Bestand an Nutzfahrzeugen ursächlich. Die Auftragsein-

⁴ Nach der Systematik der Wirtschaftszweige 2003 wird zum Maschinenbau auch die Herstellung von elektrischen Haushaltsgeräten gerechnet. Sie belastet mit ihrem negativen Produktionsverlauf in diesem Jahr das Produktionsergebnis des Maschinenbaus.

⁵ Vgl.: Sektoraler Auslandsabsatz reagiert unterschiedlich auf Wechselkursveränderungen. Bearb.: Dorothea Lucke. In: Wochenbericht des DIW Berlin, Nr. 39/2004.

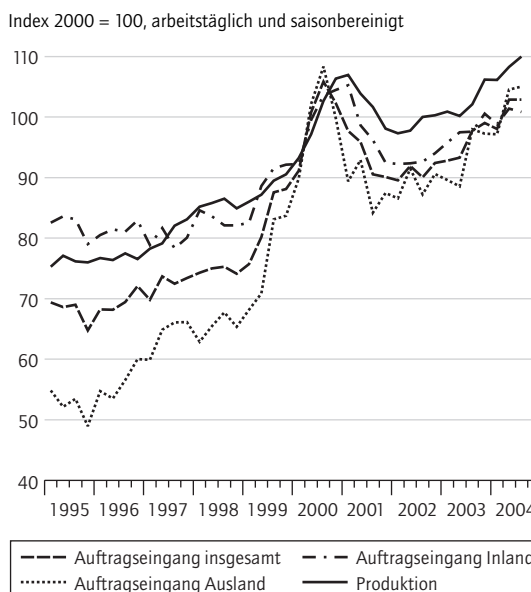
gänge aus dem Ausland spiegeln die hohe Investitionsbereitschaft der Länder mit einem kräftigen Wirtschaftswachstum wider. In ihnen sind auch einige Großaufträge enthalten.

Für dieses Jahr ist insgesamt ein Produktionsplus von 5,4 % (arbeitstäglich bereinigt: 4,1 %) zu erwarten. Nach dem gesamtwirtschaftlichen Szenario des DIW Berlin wird die Produktion im kommenden Jahr um etwa 4,5 % steigen. Die für die Prognosen verwendeten Zeitreihenmodelle machen deutlich, dass die Nachfrage nach Kraftwagen überproportional auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung im In- und Ausland reagiert. Sollte die gegenüber der Mehrheit der Institute positivere Erwartung des DIW Berlin hinsichtlich des Wachstums in Deutschland und den anderen Ländern der europäischen Währungsunion nicht zutreffen, würde sich dies deshalb auf den Kraftwagenbau besonders stark auswirken.

Die Elektrotechnik i. w. S. umfasst die Wirtschaftszweige Elektrotechnik (WZ-Nr. 31), die Medientechnik (WZ-Nr. 32) und die Medizin-, Mess- und Regeltechnik (WZ-Nr. 33) (Abbildung 7). Diese große Branche entwickelte sich in diesem Jahr besonders dynamisch. Die Auftragseingänge aus dem Ausland lagen in den ersten drei Quartalen in allen drei Wirtschaftszweigen weit über dem Vorjahresniveau. Bei den Auftragseingängen aus dem Inland war die Entwicklung unterschiedlich. Die Nachfrage nach Investitionsgütern aus diesen Branchen hat im Jahresverlauf unter der geringen Investitionstätigkeit im Inland gelitten. Dies trifft auf die Herstellung von nachrichtentechnischen Geräten und Einrichtungen sowie auf die gesamte Medizin-, Mess- und Regeltechnik zu. Hier haben auch die Reformen im Gesundheitswesen bremsend gewirkt. Die Sparte elektronische Bauelemente, die als Vorleistungen in nahezu alle Investitionsgüter Eingang finden, hatte demgegenüber in den ersten drei Quartalen ein Wachstum der Auftragseingänge aus dem Inland von 35 %. Auch hier wird deutlich, dass die Inlandsnachfrage von der starken Nachfrage des Auslands nach deutschen Investitionsgütern profitiert. Geht man von einer gesamtwirtschaftlich bedingten Abflachung der ausländischen Nachfrage zum Jahresende hin aus, wird sich die Produktion der Elektrotechnik i. w. S. in diesem Jahr auf insgesamt 7,2 % (arbeitstäglich bereinigt: 6,0 %) belaufen. Im kommenden Jahr werden sich der Anstieg der inländischen Investitionen und die geringere Dynamik der Weltwirtschaft in ihren Auswirkungen auf die Elektrotechnik i. w. S. in etwa die Waage halten, so dass arbeitstäglich bereinigt wiederum von einem Wachstum von etwa 6 % ausgegangen werden kann. Dies entspräche einer unbereinigten Wachstumsrate von rund 5,5 %.

Abbildung 7

Elektrotechnik i. w. S.¹ Auftragseingang und Produktion



¹ Elektrotechnik, Medientechnik, Medizin-, Mess- und Regeltechnik.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2004

Gebrauchs- und Verbrauchsgüter: Schwache Nachfrage im Inland dominiert die Produktionsentwicklung

Die Produktion von Gebrauchsgütern hat mit einem Anteil von 3,5 % keine große Bedeutung für die deutsche Industrieproduktion. Dieser Bereich umfasst im Wesentlichen die Herstellung von Möbeln (Anteil 60 %), die Herstellung von elektrischen Haushaltsgeräten (20 %) sowie die Herstellung von Rundfunk- und Fernsehgeräten (15 %). Die Auftragseingänge aus dem Ausland lagen in den ersten drei Quartalen 2004 um 8,2 % über dem Vorjahresniveau. Da die Exportquote der Gebrauchsgüterproduzenten im Durchschnitt nur ein Drittel beträgt, wirkt sich dieser starke Anstieg weniger auf die inländische Produktion aus als bei den Produzenten von Vorleistungs- und Investitionsgütern.

Die Auftragseingänge aus dem Inland sind geprägt von der inländischen Konsumzurückhaltung; in den ersten drei Quartalen gab es ein Minus von 1,4 % gegenüber dem Vorjahr. Die Produktion insgesamt dürfte in diesem Jahr um 2,3 % (arbeitstäglich bereinigt: 1,0 %) expandieren. Bei einer Zunahme des privaten Konsums um 0,8 % im kommenden Jahr – wie von der Gemeinschaftsdiagnose im Herbst einhellig erwartet – wird die Produktion der Gebrauchsgüterproduzenten um etwa 1,0 % steigen.

Die größte Branche innerhalb der Verbrauchsgüterproduzenten ist das *Ernährungsgewerbe* mit einem Anteil von 45 %. Das Ernährungsgewerbe erzielt bei einer Exportquote von 15 % drei Viertel seines Auslandsumsatzes im Euroraum. Trotz des hier schwachen Wachstums ist die in den Euroraum gehende Produktion des Ernährungsgewerbes von Januar bis September um 12 % gestiegen. Der Umsatz im Inland hingegen entwickelte sich entsprechend der geringen Konsumbereitschaft sehr schwach (1,6 %). Die Produktion im Ernährungsgewerbe wird in diesem Jahr um etwa 2,1 % (arbeitstäglich bereinigt: 1,1 %) zulegen. Für das kommende Jahr wird erwartet, dass sich der starke Anstieg des Auslandsumsatzes nicht fortsetzt; das Produktionswachstum dürfte nur 1 % betragen.

Ausblick

Die Produktion im produzierenden Gewerbe (ohne Bau) wurde in diesem Jahr vor allem von der direkten Nachfrage des Auslands getragen. Davon profitierten auch Unternehmen im Inland, deren Produkte in Exportgütern weiterverarbeitet werden. Trotz der schwachen Nachfrage der inländischen Endverbraucher wird die Produktion in diesem Jahr um etwa 4 % (arbeitstäglich bereinigt: 2,9 %) zulegen. Bei einer insgesamt positiven Entwicklung im kommenden Jahr in Europa – und auch in Deutschland – wird die Industrieproduktion weiter kräftig steigen und ein Wachstum von gut 3 % (arbeitstäglich bereinigt: 3,7 %) erreichen.

Risiken ergeben sich aus den hohen Rohstoffpreisen und einem weiteren Verfall des US-Dollar. Dies würde zu Einbußen beim Absatz und den Erträgen führen. Die für die hier vorgestellte Prognose wesentliche Annahme einer kräftig steigenden Investitionstätigkeit im Inland stünde dann infrage.

Italien: Beschäftigungsausweitung bei abnehmender internationaler Wettbewerbsfähigkeit gefährdet

Italien schaffte es in den 90er Jahren trotz schwieriger Ausgangsbedingungen für die öffentlichen Haushalte mithilfe einer harten Konsolidierungspolitik, die Maastricht-Kriterien zu erfüllen und Mitglied der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion zu werden. Dies ging allerdings auf Kosten des Wirtschaftswachstums. Dabei verschlechterte sich die Arbeitsmarktlage bis weit in die 90er Jahre erheblich. Die Zahl der Erwerbstätigen ging um fast ein Zehntel zurück, und die Arbeitslosenquote stieg von rund 8½ % (1991) auf knapp 12 % (1998). Im Zuge der weltweiten konjunkturellen Erholung gelang es, die Arbeitslosigkeit bis zum Jahr 2003 wieder auf das frühere Niveau zu senken. Obwohl sich das Wirtschaftswachstum schon seit 2001 stark abgeschwächt hat, kam es in den vergangenen Jahren zu einem deutlichen Beschäftigungsaufbau, der im europäischen Vergleich beeindruckend ist. Allerdings mehren sich Befürchtungen, dass für diese Entwicklung das Ende naht. Die italienische Wirtschaft zeigt Schwäche-symptome insbesondere in Hinblick auf die Entwicklung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit.

Joachim Volz
jvolz@diw.de

Bis 1992 hatte sich die außenwirtschaftliche Lage in Italien so zugespitzt, dass es zu einer kräftigen Abwertung der Währung kam. In der Folge verbesserte sich die Leistungsbilanz bei kräftig steigenden Exporten spürbar, aber die inländische Nachfrage blieb schwach; erst 1994 verstärkte sich – im Fahrwasser einer erheblich gelockerten Geldpolitik – der konjunkturelle Auftrieb. Die außenwirtschaftlich induzierte Aufwärtsentwicklung hielt zunächst auch deswegen an, weil der Anstieg der Verbraucherpreise und der Lohnstückkosten aufgrund der Abschaffung der „scala mobile“, der indexgebundenen automatischen Lohnsteigerungen, im Vergleich zu früheren Aufschwüngen gering blieb. Die Zunahme der Arbeitslosigkeit konnte zunächst jedoch lediglich gebremst werden.

Ende der 90er Jahre verbesserten sich die Bedingungen nochmals. Folgende Faktoren begünstigten die wirtschaftliche Entwicklung:

- Der starke finanzpolitische Konsolidierungsdruck im Zusammenhang mit der Erfüllung der Maastricht-Kriterien ließ nach.
- Der europaweite konjunkturelle Aufschwung seit 1997 erhöhte zunächst die Exportnachfrage.
- Bereits mit der Erwartung des Beitritts zur Eurozone sanken die Zinsen kräftig und deutlich stärker als im Euroraum insgesamt.

Auch die realen Zinsen gingen zurück und wurden bis 2003 sogar negativ (Abbildung 1).

Wie in vielen anderen europäischen Ländern erreichte der Aufschwung im Jahre 2000 seinen Höhepunkt. 2001 verschlechterte sich die Lage rasch, und die Jahre 2002/2003 waren durch eine annähernde Stagnation geprägt (Tabelle). Dabei ging das Wachstum stärker zurück als in den meisten anderen OECD-Ländern. Seit dem vergangenen Jahr hat sich die Konjunktur wieder etwas erholt, bleibt indes weiter schwächer als im Durchschnitt des Euroraums.

Die Beschäftigung entwickelte sich seit 1998 auffallend günstig, obwohl die Wirtschaft seit 2001 nur wenig expandierte oder sogar nahezu stagnierte. Ein etwas detaillierterer Blick auf den Arbeitsmarkt soll diese Entwicklung und ihre Hintergründe beleuchten.

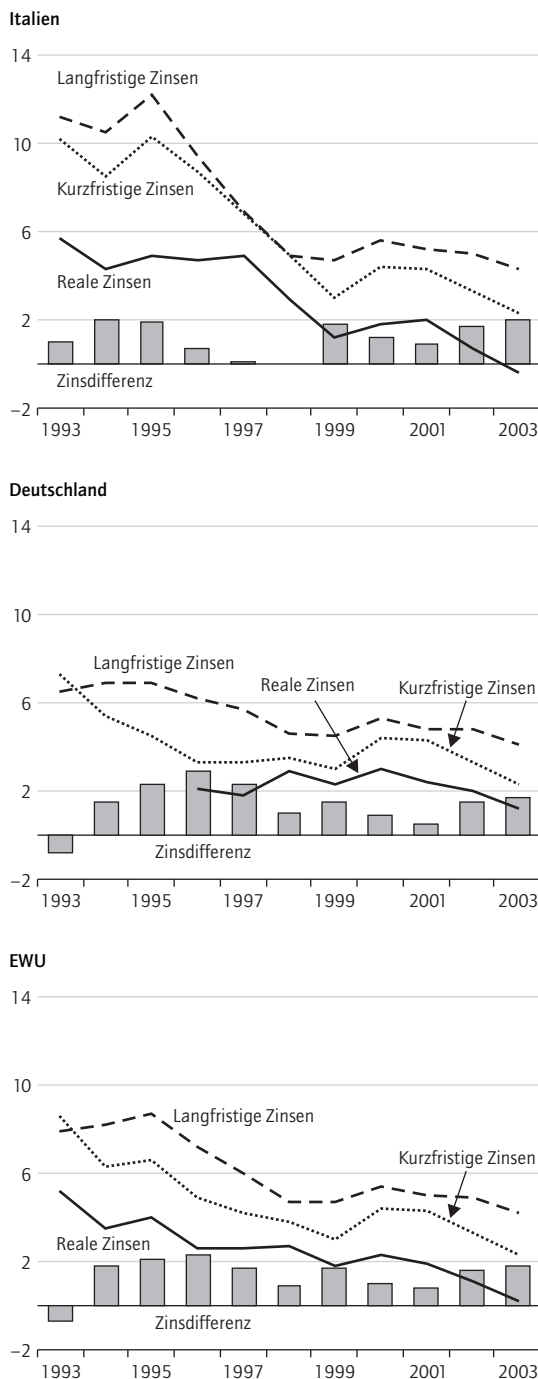
Arbeitsmarkt und Beschäftigung

Die Zahl der Erwerbstätigen steigt bereits seit 1996, und die Arbeitslosenquote geht seit 1999 kontinuierlich zurück (Tabelle). Dabei ist Italien das einzige OECD-Land, in dem in den letzten Jahren die Beschäftigung deutlich schneller zugenommen hat als die Erwerbsbevölkerung.¹ Von 2001 bis 2003

¹ Vgl. OECD Employment Outlook 2004, S. 20.

Abbildung 1

Kurz- und langfristige Zinsen in Italien, Deutschland und der EWU 1993 bis 2003 In %



Quelle: OECD.

DIW Berlin 2004

stieg die Beschäftigung stärker als das Bruttoinlandsprodukt – ebenfalls ein in den anderen Ländern nur selten beobachtetes Phänomen.

Der Anstieg der Zahl der Beschäftigten wurde vielfach mit der Zunahme von Teilzeit erklärt; rück-

blickend lässt sich dies aus der Statistik jedoch nicht ablesen – die Zahl der Teilzeitbeschäftigten stieg nicht nennenswert. Allerdings gibt es keine genauen Informationen über die Entwicklung der durchschnittlichen Arbeitszeit der Teilzeitbeschäftigten. Die durchschnittliche Arbeitszeit aller Beschäftigten ging von 1999 bis 2003 leicht zurück, um etwa 1,6%.² Die Zahl der Erwerbstätigen ist dagegen seit 1999 um rund 7% gestiegen, so dass auch das gesamtwirtschaftliche Arbeitsvolumen – gemessen in Stunden – spürbar zugenommen haben dürfte. Nach Schätzungen der italienischen Notenbank³ ging der Zuwachs an Beschäftigung in den Jahren 2001 und 2002 zu etwa 85% auf eine Erhöhung der Zahl der unbefristet Vollzeitbeschäftigten zurück und zu etwa 15% auf eine Erhöhung der Zahl der Vollzeitbeschäftigten mit Zeitvertrag. Diese Relation innerhalb des Beschäftigungszuwachses hat sich bis 2003 noch etwas zugunsten der unbefristet Vollzeitbeschäftigten verschoben. Damit liefert der italienische Arbeitsmarkt keine Unterstützung für die Hypothese, dass größere Flexibilität am Arbeitsmarkt – beispielsweise in der Gestaltung der Arbeitszeit oder des Kündigungsrechts – zu mehr Beschäftigung führt.

Wichtigster Grund für die Beschäftigungsausweitung waren wohl die von Oktober 2000 bis in das Jahr 2003 hinein gewährten Steuervorteile für Unternehmen im Rahmen der Tremonti-Gesetzgebung, die unter Wahrung bestimmter Kriterien neue Dauerarbeitsplätze schufen. Die Förderung je neuen Vollzeit-Arbeitsplatz entsprach einem Betrag von 413 Euro monatlich (im Süden Italiens sogar rund 620 Euro).

Die Zunahme der Zahl der registrierten Beschäftigten ist teilweise allerdings auch Folge strengerer Kontrollen bei der Bekämpfung der Schwarzarbeit und einer Überführung der entsprechenden Beschäftigungsverhältnisse in den regulären Arbeitsmarkt mit legalisierenden Übergangsregelungen (vorübergehende Strafbefreiungen, Herabsetzung der Anforderungen an die Arbeitsplatzsicherheit u. a.).

Produktivitäts- und Lohnstückkostentwicklung unbefriedigend

Spiegelbild der sich abschwächenden Konjunktur bei weiterem Beschäftigungsaufbau in den letzten Jahren war ein Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Produktivität. Eine solche Entwicklung ist in Abschwächungsperioden nicht ungewöhnlich: Der Rückgang der Neueinstellungen und die Zu-

² Ebenda, S. 312.

³ Banca d'Italia, Economic Bulletin, Nr. 25, November 2002, S. 26 f.

Tabelle

Entwicklung wirtschaftlicher Indikatoren in Italien, Deutschland und dem Euroraum 1993 bis 2003

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003
Italien											
Bruttoinlandsprodukt, real	-0,9	2,2	2,9	1,1	2,0	1,8	1,7	3,0	1,8	0,4	0,3
Inlandsnachfrage	-5,1	1,7	2,0	0,9	2,7	3,1	3,2	2,3	1,4	1,3	1,2
Privater Konsum	-3,7	1,5	1,7	1,3	3,2	3,2	2,6	2,7	0,8	0,5	1,3
Staatskonsum	-0,2	-0,9	-2,2	1,0	0,2	0,2	1,3	1,7	3,9	1,9	2,2
Anlageinvestitionen	-10,9	0,1	5,9	3,7	2,1	4,0	5,0	6,9	1,9	1,2	-2,1
Exporte	9,0	9,8	12,6	0,6	6,4	3,4	0,1	9,7	1,6	-3,4	-3,9
Importe	-10,9	8,1	9,7	-0,3	10,1	8,9	5,5	7,1	0,5	-0,2	-0,6
Erwerbstätige im Inland	-2,5	-1,5	-0,1	0,6	0,4	1,0	1,1	1,9	2,0	1,8	1,2
Standardisierte Arbeitslosenquote (in %)	10,1	11,0	11,5	11,5	11,6	11,7	11,3	10,4	9,4	9,0	8,6
Verbraucherpreise ¹	4,5	4,2	5,4	4,0	1,9	2,0	1,7	2,6	2,3	2,6	2,8
Leistungsbilanzsaldo (in % des nominalen BIP)	0,8	1,2	2,3	3,2	2,9	1,9	0,7	-0,5	-0,1	-0,8	-1,4
Bruttoschuldenstand (in % des nominalen BIP)	118,7	124,8	124,3	123,1	120,5	116,7	115,5	111,2	110,6	107,9	106,2
Finanzierungssaldo (in % des nominalen BIP)	-10,3	-9,3	-7,6	-7,1	-2,7	-2,8	-1,7	-0,6	-2,6	-2,3	-2,4
Deutschland											
Bruttoinlandsprodukt, real	-1,1	2,3	1,7	0,8	1,4	2,0	2,0	2,9	0,8	0,1	-0,1
Inlandsnachfrage	-1,1	2,3	1,7	0,3	0,6	2,4	2,8	1,9	-0,8	-1,9	0,5
Privater Konsum	0,1	1,1	2,1	1,0	0,6	1,8	3,7	2,0	1,7	-0,7	0,0
Staatskonsum	0,1	2,4	1,5	1,8	0,3	1,9	0,8	1,1	1,0	1,9	0,1
Anlageinvestitionen	-4,4	4,0	-0,6	-0,8	0,6	3,0	4,1	2,7	-4,2	-6,4	-2,2
Exporte	-5,5	7,6	5,7	5,1	11,2	7,0	5,5	13,5	5,7	4,1	1,8
Importe	-5,5	7,4	5,6	3,1	8,3	9,1	8,4	10,6	1,0	-1,6	4,0
Erwerbstätige im Inland	-1,4	-0,2	0,2	-0,3	-0,2	1,1	1,2	1,8	0,4	-0,6	-1,0
Standardisierte Arbeitslosenquote (in %)	7,7	8,2	8,0	8,7	9,7	9,1	8,4	7,8	7,8	8,7	9,6
Verbraucherpreise ¹	.	.	.	1,2	1,5	0,6	0,7	1,4	1,9	1,3	1,1
Leistungsbilanzsaldo (in % des nominalen BIP)	-0,5	-1,1	-0,8	-0,3	-0,1	-0,3	-1,1	-1,4	0,1	2,2	2,3
Bruttoschuldenstand (in % des nominalen BIP)	46,9	49,3	57,0	59,8	61,0	60,9	61,2	60,2	59,4	60,9	64,2
Finanzierungssaldo (in % des nominalen BIP)	-3,1	-2,4	-3,5	-3,4	-2,7	-2,2	-1,5	-1,2	-2,8	-3,7	-3,8
Euroraum											
Bruttoinlandsprodukt, real	-0,8	2,4	2,2	1,4	2,3	2,9	2,8	3,5	1,6	0,8	0,5
Inlandsnachfrage	-2,1	2,1	2,1	1,1	1,7	3,5	3,5	3,0	1,0	0,3	1,2
Privater Konsum	-0,9	1,4	1,8	1,6	1,5	3,0	3,5	2,8	1,9	0,6	1,0
Staatskonsum	1,5	1,2	0,8	1,7	1,4	1,4	1,8	2,3	2,4	3,1	1,7
Anlageinvestitionen	-6,0	2,4	2,4	1,3	2,4	5,2	6,0	4,9	-0,3	-2,7	-0,6
Exporte	0,6	9,0	7,9	4,5	10,5	7,4	5,2	12,2	3,3	1,7	0,1
Importe	-4,3	8,4	7,6	3,3	8,9	10,0	7,4	11,1	1,6	0,3	2,1
Erwerbstätige im Inland	-1,7	-0,4	0,8	0,2	0,8	2,0	1,8	2,2	1,4	0,6	0,2
Standardisierte Arbeitslosenquote (in %)	10,2	10,8	10,6	10,8	10,8	10,2	9,4	8,4	8,0	8,4	8,8
Verbraucherpreise ¹	3,4	2,8	2,6	2,3	1,6	1,2	1,1	2,1	2,3	2,3	2,1
Leistungsbilanzsaldo (in % des nominalen BIP)	0,9	0,3	-0,5	-1,2	-0,2	0,8	0,4
Bruttoschuldenstand (in % des nominalen BIP)	66,2	68,9	73,6	75,2	74,9	74,2	72,7	70,4	69,5	69,4	70,7
Finanzierungssaldo (in % des nominalen BIP)	-5,7	-5,1	-5,0	-4,3	-2,6	-2,2	-1,3	-1,0	-1,7	-2,4	-2,7

¹ Harmonisierter Verbraucherpreisindex (HVPI).

Quellen: Europäische Kommission; Eurostat; Statistisches Bundesamt; EZB; Berechnungen des DIW Berlin.

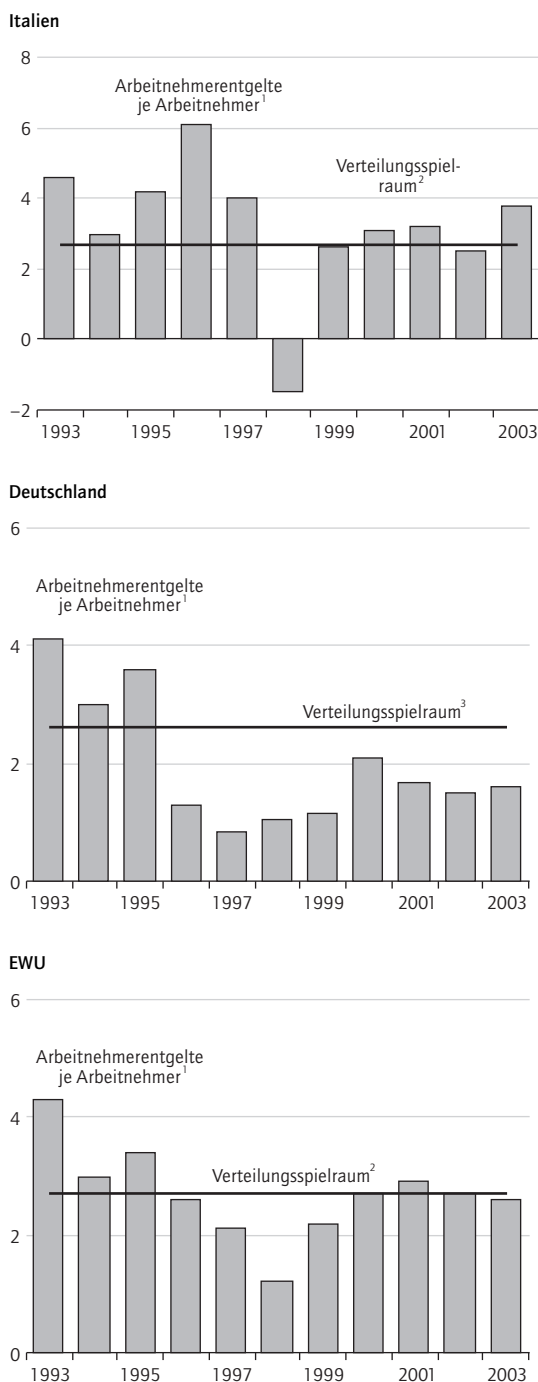
DIW Berlin 2004

nahme der Entlassungen folgen dem konjunkturellen Abschwung zumeist erst allmählich. Dies gilt insbesondere bei relativ hohen Entlassungskosten wie in Italien. Der Rückgang der Produktivität ist dann auch mit einer ungünstigen Lohnstückkostenentwicklung verbunden – ein Aspekt, der in

den letzten Jahren zunehmend von der italienischen Industrie beklagt wurde und seinen Ausdruck auch in der Verschlechterung der außenwirtschaftlichen Lage findet. Der verteilungsneutrale Lohnerhöhungsspielraum wurde dabei in den letzten zehn Jahren zumeist überschritten (eine Ausnahme war

Abbildung 2

Verteilungsspielraum in Italien, Deutschland und der EWU 1993 bis 2003



¹ Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr.

² Inflationswert (1,5 %) plus jahresdurchschnittlicher Produktivitätsfortschritt im Zeitraum 1993 bis 2003 (1,2 %).

³ Inflationswert (1,5 %) plus jahresdurchschnittlicher Produktivitätsfortschritt im Zeitraum 1993 bis 2003 (1,1 %).

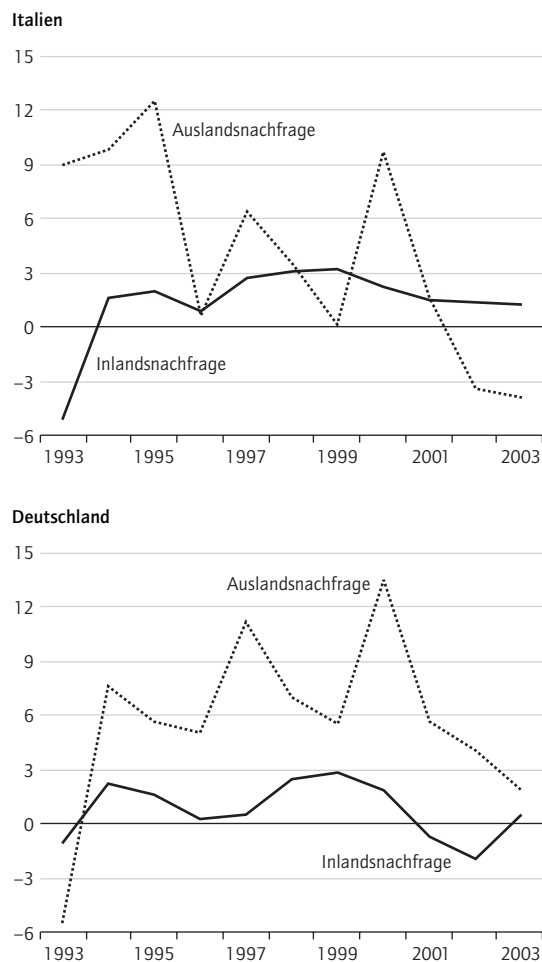
Quellen: Europäische Kommission; Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2004

Abbildung 3

Inlands- und Auslandsnachfrage in Italien und Deutschland 1993 bis 2003

Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr



Quellen: Europäische Kommission; OECD; Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2004

1998) – im Gegensatz etwa zu Deutschland, wo der Spielraum deutlich ungenutzt blieb, aber auch zum Euroraum insgesamt, wo er grosso modo annähernd ausgeschöpft wurde (Abbildung 2). Die Lohnstückkosten im verarbeitenden Gewerbe stiegen in den letzten Jahren in Italien etwa doppelt so schnell wie im Euroraum und mehr als dreimal stärker als in Deutschland.⁴ Dabei entwickelte sich zwar die Inlandsnachfrage vergleichsweise etwas besser, die Auslandsnachfrage jedoch deutlich schlechter als in Deutschland (Abbildung 3); so ist der Ende der 90er Jahre noch beachtliche Leistungsbilanzüberschuss einem zunehmenden und inzwischen hohen Leistungsbilanzdefizit gewichen.

⁴ OECD Employment Outlook 2004, S. 236.

Die Divergenz bei den Lohnstückkosten schlug sich auch in der Preisentwicklung nieder. Der Preisanstieg – gemessen an der Veränderung des Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI) – war im Durchschnitt der Jahre 2000 bis 2004 mit rund 2½ % etwa einen halben Prozentpunkt höher als im Euroraum und einen Prozentpunkt höher als in Deutschland. Dabei hat die Divergenz im Preisanstieg in den letzten Jahren zugenommen. Zuletzt ging der Verbraucherpreisanstieg allerdings auf eine Jahresrate von 2 % zurück. Hier beginnen sich offensichtlich die Vereinbarungen der Regierung mit dem Einzelhandel über Preissenkungen auszuwirken.

Arbeitsmarktpolitische Reformen seit 2002

Die Regierung Berlusconi hat zu Beginn ihrer Regierungszeit 2001/2002 eine Reihe von Reformen in Angriff genommen, wobei allerdings die damaligen zunächst sehr anspruchsvollen Ziele des sogenannten „Paktes für Italien“ nur teilweise erreicht wurden. Neben der Reform der Alterssicherungs- und Gesundheitsfürsorgesysteme sowie der Privatisierungs- und Industriepolitik hat die Regierung vor allem versucht, im Rahmen einer konzentrierten Aktion Arbeitsmarktreformen voranzutreiben. Ziel ist es, den Arbeitsmarkt flexibler zu gestalten und den Produktivitätsanstieg zu erhöhen.

Zunächst wurde der bis dahin sehr rigide Kündigungsschutz gelockert. So sind Kündigungen nunmehr auch möglich, wenn der Personalbestand infolge von Neueinstellungen die Zahl von fünfzehn Arbeitnehmern überschreitet. Damit wurde der Anreiz zu Neueinstellungen bei kleineren Unternehmen verstärkt. Gleichzeitig wurden die Dauer des Bezuges von Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung auf zwölf Monate verdoppelt und die Leistungen erhöht; damit verbunden ist aber auch eine Ausbildungs- und Umschulungspflicht des Arbeitslosen. Private Arbeitsvermittlung auch für zeitlich begrenzte Arbeit wurde zugelassen, und die öffentliche Arbeitsverwaltung wurde mit dem Ziel einer effizienteren Vermittlung der Arbeitslosen reformiert – ähnlich wie es in Deutschland angestrebt wird.

Reformen am Arbeitsmarkt schaffen – für sich genommen – kaum neue Arbeitsplätze, zumindest nicht in Zeiten durchgängig hoher Arbeitslosigkeit und schwachen Wirtschaftswachstums. Eher schaffen sie die Voraussetzung dafür, dass es in einem anhaltend kräftigen Aufschwung nicht zu Engpässen kommt. Solche Engpässe könnten inflationäre Tendenzen und als Reaktion darauf eine restriktivere Wirtschaftspolitik auslösen, die das Andauern des Aufschwungs beeinträchtigt. Ein flexiblerer

Arbeitsmarkt schafft damit tendenziell ein höheres Wachstumspotential. Insoweit sind die Arbeitsmarktreformen durchaus als positiv zu beurteilen.

Geldpolitische Impulse bei restriktiver Finanzpolitik

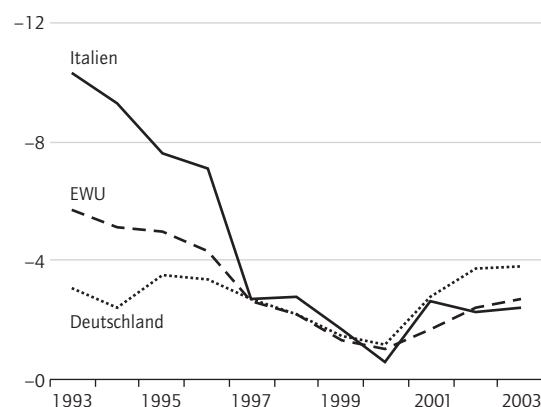
Dafür, dass das höhere Potential auch genutzt wird, ist die Wirtschaftspolitik verantwortlich, insbesondere die Geld- und die Finanzpolitik. Da Italien Mitglied des Euroraums ist, wird die Geldpolitik durch die Europäische Zentralbank vorgegeben. Italien war dabei in den letzten Jahren im Hinblick auf den Realzins in einer vergleichsweise günstigen Lage: Gemessen am HVPI lag die Inflationsrate merklich höher als im Durchschnitt des Euroraums und insbesondere als in Deutschland. Neben den rascher steigenden Lohnstückkosten spielte hier eine Rolle, dass die stark importabhängige Wirtschaft Italiens vom Anstieg der Rohstoffpreise besonders getroffen wurde. Zudem hob der Staat die administrierten Preise mehrmals deutlich an.

Im Mittelpunkt der öffentlichen Diskussion stand in den letzten Jahren allerdings die Finanzpolitik. Lag die Defizitquote der öffentlichen Haushalte zu Beginn der 90er Jahre noch bei fast 12 %, so gelang es Italien bis 1997, das Konvergenzkriterium für die Defizitquote mit 2,7 % zu erfüllen; es schnitt dabei sogar besser ab als Frankreich oder Spanien. Die Defizitquote erreichte im Jahre 2000 mit 0,6 % ihren niedrigsten Stand (Abbildung 4). Wegen der weiterhin hohen Staatsschuld war bis 2003 ein Budgetausgleich angestrebt worden. Tatsächlich

Abbildung 4

Entwicklung des Finanzierungssaldos der öffentlichen Haushalte in Italien, Deutschland und der EWU 1993 bis 2003

In % des nominalen Bruttoinlandsprodukts



Quellen: Europäische Kommission;
Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2004

hat sich die Situation bei den öffentlichen Haushalten aber vor allem wegen des geringen Wirtschaftswachstums verschlechtert: In diesem Jahr wird auch Italien wieder die 3 %-Grenze überschreiten, und ohne zusätzliche Maßnahmen wäre für das Jahr 2005 gar eine Defizitquote von 3,9 % zu erwarten.⁵

Um unter der 3 %-Grenze zu bleiben, hatte die Regierung im Jahre 2001 begonnen, eine Reihe von – im Hinblick auf die Defizitberechnung allerdings umstrittenen – Maßnahmen zu beschließen. So gab es einen erheblichen Rückfluss von Geldern⁶ aufgrund einer mehrmals verlängerten bzw. erweiterten Steueramnestie, wobei eine Sonderabgabe auf die Kapitalrückflüsse zusätzliches Geld in das öffentliche Budget brachte. Daneben wurden Erlöse aus dem Verkauf staatlicher Immobilien und aus der Verbriefung künftiger Einnahmen der staatlichen Glücksspielgesellschaften erzielt.

Neben den Einmalmaßnahmen haben während der letzten Jahre vor allem zwei Dinge geholfen, das Defizit einzugrenzen und die Maastricht-Kriterien einzuhalten: Zum einen entwickelten sich die Steuereinnahmen aufgrund von Verbreiterungen der Bemessungsbasis (Abschaffung von zahlreichen Ausnahmetatbeständen) und der verschärften Erfassung trotz der wirtschaftlichen Schwäche verhältnismäßig günstig; zum anderen nahmen die Zinszahlungen auf die Staatsschuld bei laufender Umschuldung wegen im Durchschnitt niedrigerer Zinsen ab. Diese Faktoren werden in den nächsten Jahren nicht mehr so wirksam sein können. Immerhin sollen durch eine Neubewertung und den teilweisen Verkauf des – nach Einschätzung der OECD deutlich unterbewerteten – staatlichen Grundbesitzes die Staatsschuld wie auch die Zinslast zur Bedienung der Staatsschuld erheblich gesenkt werden. Zudem sind bis 2007 weitere Privatisierungen in Höhe von rund 25 Mrd. Euro jährlich geplant, und im staatlichen Rentensystem soll es deutliche Ersparnisse geben.⁷ Um bis zum nächsten Jahr unter die 3 %-Grenze zu kommen, müsste Italien allerdings kurzfristig 24 Mrd. Euro einsparen oder die Steuereinnahmen erhöhen – Letzteres stünde indes in deutlichem Widerspruch zu der versprochenen, aber bis zuletzt immer wieder verschobenen Senkung der Einkommensteuersätze.

Zunehmende wirtschaftliche Probleme

Auf den ersten Blick scheint die wirtschaftliche Situation in Italien insgesamt nicht schlechter, sondern in Teilbereichen – insbesondere bei der Beschäftigungsentwicklung, aber auch beim Haushaltsdefizit – sogar besser zu sein als in den anderen beiden großen kontinentaleuropäischen Volkswirtschaften. Das voraussichtliche Wirtschafts-

wachstum bis 2005 wird zwar etwas schwächer als in Frankreich ausfallen, aber stärker als in Deutschland. Seit langem diskutierte Reformen wurden realisiert, wenn auch nicht in dem Maße wie ursprünglich angekündigt.

Dieses zunächst nicht ungünstige Bild wird allerdings durch eine Reihe von Problemen getrübt, die die zukünftige Entwicklung belasten. Der Fortgang der Reformen ist politisch immer unsicherer geworden. Angesichts der besonders starken und zunehmenden Überalterung der italienischen Gesellschaft sind vor allem die Rentenreformen bisher unzureichend. Die budgetäre Entwicklung wird aber auch aus anderen Gründen mittelfristig vor Problemen stehen. Die Erfolge in den vergangenen Jahren wurden zu einem erheblichen Teil über Einmalmaßnahmen erzielt. Es ist unklar, wie die Erträge aus diesen Maßnahmen in Zukunft substituiert werden sollen, wozu sich die italienische Regierung gegenüber der Europäischen Kommission verpflichtet hat. Eine Verringerung des strukturellen Budgetdefizits um – wie gefordert – mindestens einen halben Prozentpunkt würde eine deutlich restriktivere Finanzpolitik bedeuten.

Italien kann allerdings hoffen, dass es aufgrund der schlechten Haushaltssituation in Deutschland und Frankreich und der damit verbundenen Diskussionen um eine Neuinterpretation des Stabilitäts- und Wachstumspaktes mittelfristig mit einer toleranteren Beurteilung durch die Europäische Kommission rechnen kann. Als alternatives Signal für Haushaltsstabilität brachte der neue italienische Finanzminister Siniscalco kürzlich ins Spiel, sich künftig an der britischen Strategie der „golden rule“ auszurichten, nach der eine Neuverschuldung nur im Umfang öffentlicher Investitionen stattfinden soll. Allerdings dürfte dies auf absehbare Zeit nicht zu realisieren sein.

Aus der Perspektive der italienischen Regierung verständlich ist das starke Drängen auf europäische Infrastrukturprojekte, wobei man auf europäische Finanzierungen hofft, die das nationale Budget im Hinblick auf die Maastricht-Kriterien entlasten würden. Ein weiteres Motiv der Regierung dürfte sein, dass der Anteil der öffentlichen Investitionen in Italien im europäischen Vergleich der-

⁵ Vgl.: Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Herbst 2004. In: Wochenbericht des DIW Berlin, Nr. 43/2004, S. 641.

⁶ Bis zum Ende der ersten Steueramnestie im Mai 2002 insgesamt 56 Mrd. Euro, auf die eine Sonderabgabe von 2,5 % zu entrichten war.

⁷ Insbesondere wird in den Jahren 2008 bis 2013 das Renteneintrittsalter für Männer von heute 57 auf 63 Jahre angehoben. Dies soll nach Angaben der Regierung zu Einsparungen in Höhe von 0,7 % des BIP führen; von unabhängigen Experten wird der Effekt jedoch zumeist etwas geringer (auf 0,2 bis 0,4 %) angesetzt. Vgl.: Berlusconi setzt Rentenreform mit Vertrauensfrage durch. In: Handelsblatt vom 30. Juli 2004.

zeit gering und die öffentliche Infrastruktur immer noch unzureichend ist. Auch dies schadet der internationalen Wettbewerbsfähigkeit. Nach Untersuchungen der OECD ist die Wettbewerbsfähigkeit ohnehin gerade in dem wichtigen Bereich der Hochtechnologie sehr schwach.⁸ Insgesamt war die Entwicklung der Unternehmensinvestitionen außerhalb des Baubereichs in Italien nach dem Boomjahr 2000 schwächer als in fast allen anderen europäischen Ländern. Zu diesem Bild gehört ebenfalls, dass immer wieder über ein ineffizientes Bankensystem und einen hohen Grad an Bürokratie geklagt wird.

Fazit

Die außenwirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit Italiens hat sich in den letzten zwei Jahren deutlich verschlechtert. Die Lohnstückkosten stiegen

gegenüber dem Durchschnitt des Euroraums etwa doppelt so schnell. Der Preisanstieg im verarbeitenden Gewerbe liegt dauerhaft über dem europäischen Durchschnitt und über dem der Hauptkonkurrenten. Dies könnte eine spürbar restriktivere Ausrichtung sowohl der Lohnpolitik als auch der Finanzpolitik erforderlich machen. Zwar investierten die Unternehmen – wohl auch aufgrund des über viele Jahre aufgestauten Bedarfs – zuletzt wieder etwas stärker, und ein Produktivitätsanstieg ist zu verzeichnen. Nimmt jedoch das binnenwirtschaftliche Wachstum nicht rasch entsprechend kräftiger zu, könnte es mit der über mehrere Jahre realisierten kräftigen Beschäftigungsausweitung rasch zu Ende sein. Helfen könnte dann nur eine stärkere ökonomische Expansion im Euroraum insgesamt.

⁸ OECD Economic Survey Italy 2003, S. 40 und S. 198.



Aus den Veröffentlichungen des DIW Berlin

Diskussionspapiere

Erscheinen seit 1989

Nr. 454

A Computable General Equilibrium Assessment of a Developing Country Joining an Annex B Emission Permit Market

Von Claudia Kemfert und Hans Kremers
November 2004

Nr. 455

Self-Employment Dynamics Across the Business Cycle: Migrants Versus Natives

Von Amelie Constant und Klaus F. Zimmermann
November 2004

Nr. 456

An Economic Analysis of Security Policies

Von Tilman Brück
November 2004

Nr. 457

What Causes Cross-Industry Differences of Technical Efficiency? An Empirical Investigation

Von Michael Fritsch und Andreas Stephan
November 2004

Nr. 458

Are Migrants More Skilled than Non-Migrants? Repeat, Return and Same-Employer Migrants

Von Jennifer Hunt
November 2004

Nr. 459

Gewinnen arbeitgeberseitige Entlassungen an Bedeutung?

Von Marcel Erlinghagen
November 2004

Nr. 460

European Labour Mobility: Challenges and Potentials

Von Klaus F. Zimmermann
November 2004

Die Volltextversionen der Diskussionspapiere liegen von 1998 an komplett als pdf-Dateien vor und können von der entsprechenden Website des DIW Berlin heruntergeladen werden (www.diw.de/deutsch/produkte/publikationen/diskussionspapiere).

Impressum

Herausgeber

Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann (Präsident)
Prof. Dr. Georg Meran (Vizepräsident)
Dr. Tilman Brück
Dörte Höppner
PD Dr. Gustav A. Horn
Dr. Kurt Hornschild
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Dr. Bernhard Seidel
Prof. Dr. Viktor Steiner
Prof. Dr. Gert G. Wagner
Prof. Axel Werwatz, Ph.D.
Prof. Dr. Christian Wey
Dr. Hans-Joachim Ziesing

Redaktion

Dr. habil. Björn Frank
Dr. Elke Holst
Jochen Schmidt
Dr. Mechthild Schrooten

Pressestelle

Renate Bogdanovic
Tel. +49-30-897 89-249
presse@diw.de

Verlag

Verlag Duncker & Humblot GmbH
Carl-Heinrich-Becker-Weg 9
12165 Berlin
Tel. +49-30-790 00 60

Bezugspreis

(unverbindliche Preisempfehlungen)
Jahrgang Euro 120,-
Einzelheft Euro 11,-
Zuzüglich Versandkosten
Abbestellungen von Abonnements
spätestens 6 Wochen vor Jahresende

ISSN 0012-1304

Bestellung unter www.diw.de

Konzept und Gestaltung

kognito, Berlin

Druck

Druckerei Conrad GmbH
Oranienburger Str. 172
13437 Berlin